

Vormärz

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Losow und der „Vormarsch“.

Die Verteidiger haben das Wort.

München, den 22. März 1924.

Heute morgen wurden die Verteidigungsreden fortgesetzt. Zunächst nahm Rechtsanwalt Dr. Holl das Wort für den Angeklagten Dr. Weber.

Die Burzeln dieses Prozesses ruhen in dem Verstoß von Versailles, dem schändlichen Instrument Frankreichs. Wenn deutsche Männer, ohne daß ihnen die Hand verbodert, dieses Dokument unterzeichneten, so liegt das daran, daß ein Sieg Deutschlands ihren Nationalinteressen schädlich gewesen wäre. Aber auch der blödsinnige Staatsbürger sieht heute das Bestehen der Korruption, die betrieben wird hauptsächlich von Fremdrägen.

Die Erbitterung im Lande wuchs, als man erkannte, daß die Ruhrmittel nur die Generalschaften fütterten, daß hinter der bürgerlichen Fassade nur eine marxistische Regierung sich verborg, die als Beauftragte der internationalen Internationale wirkte. Welche Verhältnisse fand Herr v. Lothar beim Amtsantritt vor? Vor lauter Reitem, die sich aufzuden, gingen wir zugrunde und werden hier zugrundegehen. In Bayern waren verschiedene Strömungen vorhanden, auch eine separatistische und die Ziele dieser Partei sind in der Broschüre „veni vidi“ zu finden, deren Verfasser den Kreisen um Lothar angehört und wo man den Staatsdumpropagiert. Diese Richtung wird bekämpft von den Angeklagten, die im Parlamentarismus die Internationale in jeder Form aus jeder dem Judentum und Marxismus bekämpfen und den Jesuitismus. Ich sage das letzte, obwohl im „Oberland“ viele wackere Geister sitzen; denn mit Religion haben diese Dinge nichts zu tun. Beschäftigt wurde denn nun Herr v. Lothar ein. Geseht? Die Behauptung, daß ein Pulch droht, war eitel Schwindel. Vielmehr sollte der Kampfbund vernichtet werden.

Herr v. Lothar übernahm diese Aufgabe in Gemäßheit seiner Verträge mit Herrn Clah.

Die Ernennung des Herrn v. Lothar durch die Regierung Knilling erfolgte, weil man die Abrechnung mit dem Marxismus in Berlin wünschte. Das Volk erblickte die Erfüllung seiner Sehnsucht im Kampf gegen die verhaßte Judenregierung, und die Berliner Regierung wußte den wahren Grund für die Ernennung Lothars. Das Reich griff zu einem nicht ungeschickten Gegenzuge. Nun erfolgte hier die Aufhebung des Republikbeschuldspruches, Ehrhardt und Köpcke erhielten Asyl und der Haftbefehl gegen Heiß wurde nicht ausgeführt. Das war ein Gelingen des Kampfes gegen Berlin. Die Steuern wurden nicht mehr abgeführt. Es folgte der Lotharische Konflikt und die Bereidigung der Truppen, die nichts war, als eine Aufforderung zum Eidbruch. Auch das war nur ein Teil des Kampfes gegen Berlin. Und wie man es nennen wollte... „politischer Druck“, oder sonstwie —

der Kampf war erbittert, die Reichsverfassung von Bayern zertrümmert und ein Hochverrat gegen die Reichsverfassung in Bayern gar nicht mehr möglich.

Aber der Entschluß zur Tat wurde von Lothar, Losow und Seiber, die Angst vor der eigenen Courage hatten, nicht ausgebracht. Man wartete auf den deus ex machina aus dem Norden. Man hatte ja auch Bindungen mit Herrn Clah, der Lothar in das Reichsdirektorium haben wollte. Und der Gehörtspruch von der Separation taugte wieder auf, als Losow dem Grafen Haldor erklärte, Bayern allein könne im Reich nicht aufstehen und trenne sich wieder von dem marxistischen Norden. Also auch bei Losow die verfluchte Energielosigkeit, eisern in das Schicksal des Reiches einzugreifen. Da ist das Schwarzweilheit der Angeklagten besser. Da heißt es lieber mit Hitler und wir hängen uns lieber am letzten bolschewistischen Laternenpfahl auf, ehe wir von Frankreich ein Brot nehmen. Lothar behauptete hier, es sei bedauerlich, daß hier sich nationale Männer gegenübersehen. Hätte er das am 9. November erkannt, so wäre alles Glend vermieden worden, und ich denke dem Herrn Staatsanwalt, der gestern gegenüber den Angeklagten Worte fand, die das Volk erwartete.

Lothar, Losow und Seiber haben den Versuch gemacht, die Angeklagten zu sich herüberzuziehen. Hätten sie das nicht mit voller Scheitlichkeit getan, so sind sie agents provocateurs gewesen.

Ich komme nun zum Vormarsch nach Berlin, der in zwei Etappen zerfällt. Der Plan begann im Zirkus Krone im September 1923. Wenn man heute den Vormarsch nach Berlin als fittliche oder geistige Erneuerung umzubilden versucht, so kann man nur Meinen oder Nachträglich bekommen denn das Wort „Wie wolle“ dem Saustall oben mit bayrischen Fäusten ein Ende machen“ war doch ebenso absolut eindeutig, wie das Wort „Jetzt gilt die Tat“.

Auch der Deckmantel der Notpolizei für Ehrhardt war nur geschaffen, um die Berliner nicht militärisch zu machen. Herr Ehrhardt sollte keine Nachschichtarbeit tun.

Dann kam die Besprechung über Sachsen, wo Herr Böhmner Gouverneur werden sollte. Aber die Einsetzung eines Gouverneurs dort konnte nur erfolgen, wenn man Berlin sicher in der Tasche hatte.

Im Generalkommissariat legte man sich eine „wehrtechnische“ Ausbildung zu, die mit den höchsten Beamten besetzt wurde.

Heute versucht man es, diese Abweisung als harmlos umzubilden. Mich wundert nur, daß sich in diesem Saal die Waffen noch nicht gebogen haben. Aus den Sitzungen im Generalkommissariat gingen die Vertreter des Kampfbundes immer wieder mit der Ueberzeugung fort: Die Lösung der deutschen Frage beginnt. Herr v. Auffer, der Vertreter Lothars, erklärt: Lothar sieht mit der Dunte vor dem P. versah. Das war versucht deutlich, und ein Lothar, am 21. Oktober, bittet Lothar um ein „Ludendorff“ zu ihm und bittet ihn um sein Wort bei der Lösung der großdeutschen Frage in Bismarckschem Sinne. Also wurde Herr v. Lothar bereits die faule Lurelei von der Aktion gegen Thüringen, Lothar beruft die Verbände zu sich und verhandelt mit ihnen, was wir in geheimer Sitzung hörten.

Es kommt zu Losows Versuch, der den Vormarsch...
Erster Staatsanwalt unterbrechend: „Das geht zu weit.“
Zweiter: „Bezüglich des Vormarsches ist auch nichts erwiesen worden.“

Rechtsanwalt Holl (fortfahrend): Herr v. Seiber spricht von den Polizeioffizieren von der Berliner Judenregierung. Ebenso wie Herr v. Auffer. Man sieht also die Uebereinstimmung im Generalkommissariat. Man errichtet in Leipzig eine Nachrichtenstelle, — natürlich für Weltanschauungen. — Beabsichtigt eine nationale Regierung, ohne Einmischung des Parlaments zu schaffen. Man erstreckt den garantierten trockenen, harmlosen „Staatsstreik ohne Gewalt“ und man verteilt unter sich die Rollen. So wie Hitler sie dann am 6. November abends verkündet hat. Ich wundere mich nur, daß Herr v. Lothar nicht schon damals die Worte gebraucht hat, die er hier im Gerichtssaal vorbrachte: „Ich bin doch kein Berufs- oder Komitativist. Lassen Sie mich mit dem Quatsch in Ruhe!“ Herr Seiber fährt nach Berlin und damit endet die erste Phase. Die Angeklagten mußten wie alle anderen, bis dahin der Ansicht sein: Es wird jetzt gehandelt.

Gegen wen sind denn die Vorbereitungen von Herrn v. Lothar getroffen worden? Etwa gegen Frankreich oder die Däne?

Staatsanwalt: Hier werden Dinge berührt, die in die geheime Sitzung gehören.

Rechtsanwalt Holl:
Ich habe nichts Unrechtes getan, denn gegen Frankreich hat Bayern nicht gekämpft.

Warum haben Lothar, Losow und Seiber Hitler unterstützt, und nicht die Führer des „Kampfbundes“ verhaftet? Hitler und Dr. Weber waren der festen Ueberzeugung, daß der Druckpunkt gegen Berlin genommen war. Es handelte sich nur noch um den Abzug. Und heute glaubt man mit Art. 48 der Verfassung sich retten zu können. Der Artikel tut mir leid, denn was über ihn legal alles erreicht werden sollte, geht über den Paragraphen des großen Unfugs hinaus. Daher liebe ich mir die Angeklagten, die, wenn sie schon einmal Hochverräter sind, wenigstens offen und ehrliche Hochverräter sind. Sie erstrebten mit Millionen Deutscher die Befreiung von Korruption und Gemeinheit, und wenn alle angeklagt werden sollten, die das mitanstrebten, muß die Anklagebank um einige Kilometer verlängert werden.

Vori: Diese Ausdrucksweise ist unangemessen.
R.A. Holl (fortfahrend): Die Reise Seibers nach Berlin ist ein Muster diplomatischer Geschicklichkeit gewesen. In Berlin liegt die neue Verfassung fertig in der Tasche und die Diktatur wird vorbereitet. Aber Herr Clah ist ein Feind Hitlers, der auf die Wände von Clah im Sommer 1923 nicht eingegangen ist.

Herr v. Lothar ließ die bayerischen Bünde über seine Bindungen zu Clah im Dunkeln. Herr Seiber hat nun in Berlin mit Herrn v. Seebitz verhandelt, und Herr v. Lothar hat sich darüber nicht geäußert. Aber Herr v. Seiber suchte noch nach der Reife „einige Bekannte“ aus Industrie und Landwirtschaft auf, um den Druck zur Befreiung des Reichspräsidenten zu erzeugen. Ende Oktober hat zwischen Clah und Seebitz eine Einigung stattgefunden, und dann mußte Seiber nach Berlin fahren. Das Opfer des Uebereinstimmens war der Kampfbund, den Lothar fallen ließ, und man hoffte, um dieses Opfers willen, den Konflikt mit Losow schließlich ausgleichen zu können. Und es begann der Verrat an „Kampfbund“. Seiber kam an dem Tage zurück, als die Parade vor Sr. Majestät dem König stattfand. Es schien, daß alles bereit war, das zu erfüllen, was wir seit Jahren erstreben. Es schien, als ob gutgemacht werden sollte, was an dem Vater des Königs ein Staatsverbrechen verfluchten Auslandsgeheimnis gelündigt hatte.

Aber der größte deutsche Führer, der Sieger von Tannenberg, Erzfeldmarschall Ludendorff, und der Kundige wußte, daß etwas vorging, was mit Seibers Reife „Vermittlung“. Herr v. Lothar blies manier den Vormarsch ab, da in Berlin sich das Direktorium zusammenbanden.

Herr v. Lothar bog am 6. November gegen den „Kampfbund“ eine Anklage, die idiosyncratisch sucht. Lothar, Losow und Seiber glaubten zu scheitern, und sind von einer viel größeren Macht geschoben worden.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Quidde auf freiem Fuß.

München 22. März. (M.T.B.) Der kürzlich verhaftete bekannte Pazifist Quidde ist nach Beschluß des Volksgerichts heute wieder in Freiheit gesetzt worden, weil keine Fluchtgefahr vorliegt. Das Verfahren nimmt seinen Fortgang.

Beiderseitige Verhaftungen in Oberschlesien.

Breslau, 22. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhaftung von etwa 70 Mitgliedern polnischer Insurgentenverbände auf Veranlassung des Oberreichsanwalts in Deutsch-Oberschlesien hat jetzt zu einer Gegenmaßnahme der polnischen Behörden in Polnisch-Oberschlesien gegen die dortigen Deutschen geführt. Nachdem in der vorigen Woche verschiedene Hausdurchsuchungen anscheinend erfolglos vorgenommen worden waren, sind jetzt zehn führende Mitglieder des Deutschen Volksbundes für Polnisch-Oberschlesien verhaftet worden, weil sie sich angeblich staatsfeindliche Handlungen zuschulden kommen ließen. Gerade der Deutsche Volksbund hat aber wiederholt erklärt, daß er jede Losreißungsaktion für schädlich halte und das Heil des Deutschthums in Polnisch-Oberschlesien in aufbauender Kulturarbeit sehe, die er in Schulfragen und Betriebsunternehmungen organisiert hat. Post gleichzeitig hat der Wojwodschasterrat die Stadtverordnetenversammlungen in Katowitz und Tarnowitz, in denen das deutsche Element eine starke Vertretung hatte, aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. Auch verschiedene andere Maßnahmen der letzten Zeit deuten darauf hin, daß die polnischen Behörden vor Ablauf der Optionsfrist im Sommer d. J. einen verstärkten Druck auf die Deutschen in Polen ausüben wollen, um recht zahlreiche Deutsche zur Auswanderung zu veranlassen und dadurch die Polonisierung der sogenannten Wojwodaten zu fördern.

Voraussetzungen und Widersprüche Zur Taktik der Arbeitgeber.

Die Arbeitgeber, vertreten durch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, haben durch ihre Politik die im November 1918 geschaffene Arbeitsgemeinschaft zerlegt. Nachträglich versuchte die Vereinigung, ihre von dem Vertrag vom November 1918 abweichende Politik dadurch zu rechtfertigen, daß sie in einer programmatischen Erklärung, veröffentlicht in Nr. 3 vom 1. Februar des „Arbeiter“ behauptete:

Als im November 1918 die deutsche Wirtschaft unter dem Druck der Verhältnisse gegen ihre Ueberzeugung und gegen jede bessere Wirtschaftsoberaufsicht die auf schwachem Boden aufgebaute Sozialpolitik mitmachte, war die tägliche Arbeitszeit im allgemeinen zwischen 9 und 10 Stunden (54 bis 60 Stunden wöchentlich). Der plötzliche, weder durch die Wirtschaftsentwicklung im Kriege, noch durch die nach dem Waffenstillstand vorliegende Wirtschaftslage gerechtfertigte Sprung zum schematischen Achtstundentag brachte einen Anstieg der wöchentlichen Arbeitsleistung um insgesamt etwa 30 Millionen Arbeitsstunden täglich.

In der gestrigen Abendausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht nun Ernst v. Borfig, einer der Unterzeichner des Vertrages vom November 1918, offenbar nicht so von ungefähr geschriebenen Artikel, der mit folgenden Sätzen beginnt:

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß sich die Arbeitgeber nur unter dem Druck der wenige Tage vorher ausgebrochenen Revolution zu den grundlegenden Vereinbarungen vom 15. November, welche das Fundament der Zentralarbeitsgemeinschaft bilden, bereitgefunden hätten. In Wirklichkeit bildet diese Vereinbarung das Ergebnis monatelanger Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und gleichzeitig den Abschluß einer natürlichen Entwicklung in unserem Wirtschaftsleben.

Herr v. Borfig ist ein prominentes Mitglied der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Wenn er nun, zwei Monate nach der Veröffentlichung der oben zitierten programmatischen Erklärung ihre Voraussetzung verneint, dann dürfte die Ursache dieses Widerspruches vornehmlich in der Tatsache zu suchen sein, daß die Blüthenräume der Vereinigung nicht zur Reife gelangt sind. Die führenden Köpfe der Vereinigung, die nächste Woche im Verein mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie eine große Kundgebung in Berlin veranstalten, haben eingesehen, daß der von ihnen entfaltete erbarmungslose Klassenkampf zu ihren Ungunsten ausschlagen kann.

Die Arbeitgeber glaubten noch vor zwei Monaten, daß die Arbeiterchaft, zermürbt von den verderblichen Wirkungen der Inflation, unfähig sein würde, sich der Befreiung des Achtstundentages und dem Abbau der Löhne auf ein unerträgliches Maß zu widersehen. Diese Hoffnung der Arbeitgeber hat sich nicht erfüllt. Die Arbeiter. Jast läßt sich eine Erregungsschicht, um die sie Jahrzehnte lang heftig gekämpft hat, nicht widerstandslos entziehen. Es kommt hinzu, daß die Wirtschaftslage sich während der letzten Monate infolge der Stabilisierung unserer Währung ganz wesentlich gebessert hat. Das erleichtert den Gewerkschaften nicht nur die Abwehr, sondern ermöglicht ihnen auch, nach und nach zum Gegenangriff überzugehen.

Während der Inflationsperiode hatten die Unternehmer nur ein reinliches Interesse an der Produktion. Anders aber liegen die Dinge heute. Nur eine intensive Ausnutzung aller Betriebsmittel kann den Unternehmern ihre Konkurrenzfähigkeit im Auslande und den Absatz im Inlande sichern. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft in Deutschland ist heute eine weit schlechtere, als sie vor dem Kriege war, während ihre Organisationskraft viel stärker und ihre sozialen Ansprüche weit höher sind, so daß bei der Einstellung der Arbeitgeber große Wirtschaftskämpfe ganz unabweislich sind.

Diese Wirtschaftskämpfe hätten vermieden, mindestens aber auf ein geringeres Maß eingeschränkt werden können, wenn die Arbeitgeber in ihrer Verbildung nicht versucht hätten, die wirtschaftliche Erschöpfung der Arbeiterschaft durch die Inflation rücksichtslos und kreuzellos auszunutzen. Und nun wird den Arbeitgebern offenbar hange vor dem Geistern, die sie reifen. So ist der Artikel des Herrn v. Borfig als Einleitung zur Kundgebung der nächsten Woche zu bewerten.

Nachdem der Verfasser in längerer Darstellung seine oben zitierten einleitenden Sätze begründet, geht er dazu über, den Behörden die Schuld an dem Zerfall der Arbeitsgemeinschaft zuzuschreiben. Die Behörden hätten sich in die durch die Arbeitsgemeinschaft inaugurierten freien Tarifvereinbarungen eingemischt und insbesondere die Arbeitszeitverordnung den Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Möglichkeit genommen, die Arbeitszeit den jeweiligen Lebensbedürfnissen der Wirtschaft anzupassen.

Diese Darstellung des Herrn v. Borfig steht mit den einfachen Tatsachen in direktem Widerspruch. Die Arbeitszeitverordnung stellt gerade die freie Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern voran und läßt eine behördliche Regelung der Arbeitszeit nur insoweit zu, als eine Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht zustandekommt. Eine solche Vereinbarung konnte natürlich in der Regel nicht zustandekommen, weil die Arbeitgeber den im Vertrag vom 15. November 1918 vereinbarten Achtstundentag erziehen wollten durch den schematischen Zehnstundentag.

Die Gewerkschaften waren und sind auch heute immer bereit, soweit wirtschaftliche Bedürfnisse wirklich vorliegen, Überstunden zu vereinbaren. Diese Bereitwilligkeit der Arbeitnehmer kann von niemandem bestritten werden. Wogegen sich die Gewerkschaften aber mit vollem Recht zur Wehr setzen, das ist das Verlangen der Arbeitgeber, die Arbeitszeit von sich aus, ganz rücksichtslos auf die Wirtschaftslage und unter Ausschaltung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmerschaft, schematisch zu verlängern.

Was aber taten die Arbeitgeber und was tun sie heute noch, wenn die Arbeitnehmer eine solche schematische Verlängerung der Arbeitszeit ablehnen?

Sie rufen die Behörden an und verlangen von diesen unter Vergewaltigung der Arbeitszeitverordnung eine schematische Verlängerung der Arbeitszeit. Die Arbeitgeber sind es also, die die von ihnen jetzt so scharf kritisierten Eingriffe der Behörden verlangen, ja durch einen außerordentlichen Druck zuzusagen erpreßt haben. Die Arbeitgeber waren es also auch gewesen, die die Arbeitsgemeinschaft damit zerschlagen haben. Wenn Herr v. Borstig sich müht, das Gegenteil zu beweisen, dann legt er sich auch hier wieder mit den notorischen Tatsachen in offenen Widerspruch.

In ebenso flagrantem Widerspruch mit den Tatsachen behauptet Herr v. Borstig, die Gewerkschaften verlangten wohl in der Wirtschaft mitzubestimmen, weigerten sich aber gemeinsame Verhandlungen mit den „Wirtschaftsführern“ zu pflegen.

Wir könnten Herrn v. Borstig ein reiches Material unterbreiten von Verhandlungen, die während der letzten Monate von den Arbeitgebern abgelehnt worden sind. Die Versuche, trotz bestehender Tarifverträge einfach einseitig Löhne zu diktieren und eine verlängerte Arbeitszeit unter Verkenning aller gesetzlichen Bestimmungen anzuordnen, sind so zahlreich, daß sie besonders auch Herrn v. Borstig nicht unbekannt geblieben sein können.

Es paßt durchaus in der Taktik der Arbeitgeber, eine Taktik, die vielleicht gerissen, sicherlich aber nicht klug ist, wenn Herr v. Borstig keinen Artikel mit folgender Drohung schließt:

Sie (die freien Gewerkschaften) dürfen sich nicht wundern, wenn bei den Arbeitgebern, denen es ernstlich um eine Verständigung mit den Arbeitnehmern zu tun ist, starke Zweifel entstehen, ob sie feinerzeit vertragsmäßig zugesagte Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Vertretung der Arbeitnehmerschaft auch weiterhin innere Berechtigung hat, denn die Voraussetzung dieser Anerkennung ist das gemeinsame Bekenntnis zu dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft.

Die freien Gewerkschaften haben sich die Anerkennung durch die Arbeitgeber infolge ihrer Machtstellung erzwingen. Um die Anerkennung der Gewerkschaften sind jahrzehntelang Kämpfe geführt worden, die ja insbesondere Herrn v. Borstig nicht unbekannt sein dürften. Die Drohung schreckt die freien Gewerkschaften also keineswegs, wie sie sich auch nicht der Illusion hingeben, daß es für diese Anerkennung eine andere Voraussetzung als die ihrer Machtstellung geben kann.

Die Gewerkschaften haben immer erklärt, und ihre Erklärungen auch durch die Tat bewiesen, daß sie eine Vereinbarung ohne Kampf einem Kampf vorziehen. Von dieser Auffassung haben sie sich auch nicht durch die Demagogie der von Rostow ausgehaltenen abbringen lassen. Es war vielleicht der folgenschwerste taktische Fehler der Arbeitgeber, diese Tatsache verkant zu haben. Aber wenn die Arbeitgeber heute versuchen sollten, ein laudinisches Joch aufzurichten, unter das die Gewerkschaften sich zu beugen hätten, um von den Arbeitgebern anerkannt zu werden, so kann ihnen jetzt schon mit aller Klarheit und in aller Ruhe erklärt werden, daß eine solche „Voraussetzung“ von den Gewerkschaften abgelehnt wird. Der Artikel des Herrn v. Borstig zeigt aber auch allen Arbeitnehmern — Arbeitern, Angestellten und Beamten —, daß die tatsächliche Voraussetzung der Anerkennung ihrer Forderungen in ihrer Machtstellung, d. h. in ihrer Einheit und Geschlossenheit liegt.

Aus dem „sogenannten Ausland“.

Wie uns aus München berichtet wird, waren mehrere zur Infanterieschule abkommandierte Reichswehrsoldaten, die als Zeugen beim Hitler-Prozess geladen waren, auf deren Vernehmung jedoch schließlich verzichtet wurde, bei Bericht mit schwarzweißerer Rückenfarbe anstelle des Reichsadlers erschienen. Uebrigens steht man in München nicht wenige Reichswehrsoldaten und Soldaten, die den Reichsadler abgelegt, dafür aber schwarzweißer angelegt haben. Andere wiederum halten dem Reichsadler die Treue, müssen aber hämische Bemerkungen über den „Reitgeier“ einstecken, da seit der Aukerkräftigung des Republikstrafgesetzes die Beschimpfung der Embleme des Deutschen Reiches freigegeben ist.

Ein Teil der Reichswehr hält eben zu Loissow, ein anderer Teil zu Ludendorff und, wie uns versichert wird, ein weiterer Teil sogar zu Seckt!

Diese bayerische Reichswehr — die macht uns sobald keiner nach . . .

Reichswehr! Herhören!

Im Münchener „Bötkischen Kurier“ veröffentlicht ein Hauptmann Tröbst einen Aufruf an die Reichswehr, der eine glatte Aufforderung zur Meuterei ist. Es heißt da u. a.:

„Die Reichswehr ist jetzt in der Hand ihrer Führer Gut! Das wissen wir. Ohne das wäre sie keine Truppe. Fragt sich nur: Wer sind diese Führer? Sind sie Herren ihrer selbst oder Marionetten in der Hand einer unsichtbaren Macht? Der 9. November 1923 läßt den Schluß zu, daß das zweite der Fall ist. Wer hat den Heerbefehl an der Feldherrnhalle gegeben? „Der Staat!“ sagt Herr von Loissow! Wer ist der Staat?

Wir verstehen darunter die Gemeinschaft aller „Gutgesinnten“, so wie wir dies Wort auffassen. Oder ist der Staat nur die Gemeinschaft der international verflizten Finanzgrößen und seiner Helfershelfer in der sogenannten „Deutschen Regierung“? In diesen Tagen haben wir schauernd den Lobekampf dieser Regierung, dieses Reichstages gesehen.

Es gilt jetzt Stellung zu nehmen. Farbe zu bekennen! Bötkisch oder Soldner! Das ist für Euch jetzt die Frage. Denn wie der Reichstag sterben mußte, so sicher wird auch die Reichswehr langsam sterben, wenn sie weiter laotieren will.“

Weiter heißt es in dem Aufruf, die Reichswehr sei am 9. November von ehrlosen Offizieren mißbraucht worden wie schon manchenmal bisher und diese Offiziere seien noch immer in der Reichswehr. Aber man wisse, daß in der Reichswehr die Erkenntnis dämmere.

„Kameraden!“ so heißt es zum Schluß. „Ihr habt Euer Schicksal in der Hand! Wählt! Haltet Einkehr und Austerkeit bei Euch, — dann sind wir bereit zu vergehen! Dann laßt uns wieder die Hände reichen und Arm in Arm wollen wir getrost das Jahrhundert in die Schranken fordern. Kameraden! Lernet aus dem 9. November 1923. Zieht die Folgerung daraus und schlagt ein in die Hand, die wir Euch bieten!“

Nach den bisherigen Erfahrungen kann man erwarten, daß die Reichsregierung die Befehlsungen des Hauptmanns Tröbst stillschweigend in die Tasche stecken wird.

Das Reichswehrministerium pflegte bis vor kurzem in diesem Punkt außerordentlich empfindlich zu sein und gegen Verbecker und Verleumder scharf vorzugehen. Ob es nach dem Fall Loissow noch den Mut dazu hat, bleibt abzuwarten.

Aber in Bayern besteht heute noch der militärische Ausnahmezustand. Daß sich dort trotz des Ausnahmezustandes derartiges an die Öffentlichkeit wagen darf, ist mehr wie bezeichnend. Der Fäulnisherd, der unter der Obhut der „nationalen“ Regierung groß geworden ist, greift erschreckend um sich und frist naturgemäß zunächst die „Ordnungs“zelle auf, in der er entstand.

Italienische Anleihe an Polen. Das Abkommen betr. die Erteilung einer Anleihe durch Italien an Polen steht unmittelbar vor der Unterzeichnung. Als Garantie der Anleihe wird das polnische Tabakmonopol dienen.

Der „Kardinal“ aus Turkestan.

Wenn jemand wissen will, was das „sächsische Experiment“ ist, so muß er bei den eilen Frauen der SPD. anfragen. Einmalen freilich hat ja ersichtlich klar ausgesprochen, daß der Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung nichts weiter sein sollte, als der Versuch, mit Hilfe und unter dem Schutze der Staatsgewalt die deutsche Revolution vorzubereiten.

Als das Experiment mißlungen war, ging das große Klappen in der SPD. los. Zumeist in den Funktionärskreisen, über die zumeist nur feierliche Berichte in die Presse kommen. Die breite Mitgliedschaft hat ja von den Vorgängen nur Notiz zu nehmen, wenn wieder irgendeine Führergarnitur „endgültig erledigt“ ist, wie Werner Schölem das bezüglich Brandiers und Thalheimers so geschmackvoll ausdrückte. Aber an dem „sächsischen Experiment“ waren doch weitere kommunistische Kreise interessiert, als etwa nur die Strippenzieher in Rostow und Berlin. Deswegen haben sächsische SPD-Geute eine Broschüre veröffentlicht, die ihre Haltung vertritt und versichert, nur die schlecht informierte Exekutive sei an allen Mißverständnissen schuld.

Gegen solche feyerischen Versuche läuft nun der Bannstrahl des Kardinals aus Turkestan nieder. In der „Roten Fahne“ teilt er unter dem Pseudonym „Gerhart“ folgende Zensuren aus:

Unsere sächsischen Organisationen haben sich einmütig hinter die Beschlüsse der Exekutive gestellt. Sie haben rücksichtslos alle Fehler anerkannt, die die Partei besonders während der Oktoberlage begangen hat. Sie haben durch revolutionäre Selbstkritik (?) bewiesen, daß sie gute kommunistische Organisationen sind.

Hingegen ist die vom sächsischen Landesvorstand und der sächsischen Landtagsfraktion herausgegebene Broschüre: „Die kommunistische Partei Sachsens und die Oktoberniederlage“ nicht nur überflüssig, sondern im höchsten Maße schädlich. Indem sie beweist, daß der oder die Verfasser der Broschüre bis heute noch nicht die Fehler der Partei im Oktober begriffen haben, ist sie höchstens dazu geeignet, unsere sächsischen Organisationen zu mißkreditieren. Die sächsischen Organisationen haben sich hinter die Beschlüsse der Exekutive gestellt, die Broschüre ist, nehmt alles nur in allem, eine Kampfschrift gegen die Exekutive.

Wo wirklich ein Fehler zugegeben wird, wie die Illusion, daß gemeinsam mit der linken SPD. der Kampf gegen Faschismus geführt werden könne, wird er auch als Fehler der Exekutive hingestellt. In Sachsen selbst war eigentlich alles in Ordnung, nur die Exekutive hat geirrt. Wir haben diese Methode der „Verteidigung“ während der Märzaktion von den Bolschewiken gehört.

Der Eintritt in die sächsische Regierung war eine verhängnisvolle Anwendung der Einheitsfronttaktik. War der Eintritt schon falsch, was taten unsere Genossen in der Regierung zur Mobilisierung der Massen, haben sie das alles getan, was möglich war? Sprachen sie von der Bewaffnung der Arbeiterschaft? Forderten sie in jeder Rede, in jeder Rundgebung die Arbeiter dazu auf, Sprachen sie von den Räten, von der Sozialisierung? Sie taten es nicht. Sie sprachen von ihrer Verantwortlichkeit dem Landtag gegenüber. Und warum das alles? Um nicht mit der linken SPD. brechen zu müssen. Aus einer verhängnisvollen Auffassung der Einheitsfronttaktik heraus, die im Oktober aus einer Methode zur Mobilisierung der Massen zu einer Methode ihrer Demobilisierung wurde. . . .

Diese „opportunistische Anwendung der Einheitsfronttaktik“ hat, wie der Turkestaner weiter versichert, „der Partei fast das Genick gedreht“. Aus dem Grunde fordert der Rostauer Kirchenfürst, daß der sächsische Landesvorstand und die Landtagsfraktion pater peccavi sagen und reumütig wegen des „schweren sächsischen Fehlers“ um Verzeihung bitten. Was natürlich um des unverfälschten Glaubens willen auch prompt geschehen wird.

Die Bergänge sind sicher ein Kennzeichen für die strenge Kirchenzucht, die in der SPD. herrscht und ein neuer Beweis dafür, daß die Kommunisten jedes Zusammengehen mit Sozialdemokraten nur zur Sprengung unserer Partei auszunutzen suchen. Sie selbst sprechen dann von „falscher Anwendung der Einheitsfronttaktik“. Unter unseren Parteigenossen aber gibt es immer noch einige, die eine „Einheitsfront“ mit den Kommunisten für notwendig und wünschenswert halten. Vielleicht bringt der turkestanische Kardinal auch ihnen die Erkenntnis, daß jedes Teufelsmischel mit Kommunisten nicht nur eine falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik“ darstellt, sondern eine schwere Schädigung der eigenen Partei, der sie doch nutzen wollen.

Cäsaren des Karnevals.

Von R. Braun.

Das deutsche Volk sehnt sich nach einem Diktator — behaupten die deutschen Rechtsradikalen seit Meißnerburg.

Ueb dieser Teil zählt an den erhabenen Fingern die jüngsten geschichtlichen Beispiele völkischer Wiedergeburt unter einem Diktator auf: Türkei, Italien, Spanien, — halt, bei Spanien könnten wir vielleicht einen Augenblick verweilen. Wenn auch von Wiedergeburt bei ihm noch weniger als in Italien zu verspüren ist, so doch um so mehr von der Beachtung eines Diktators.

Seine Taten muß man mit denen der trojanischen Helden vergleichen; handelt es sich auch nicht um die schöne Helena, so doch um ein Weibchen, — wenn's auch seine Freunde mit Koldain ruiniert.

Noch wir wollen chronologisch verfahren:

Der Impresario der Madrider „Comedia“, Don Tirso Escudero, hatte eine Freundin mit dem Beinamen La Caoba. Der Zustand Don Tirsos verschlimmerte sich von Tag zu Tag — dank des Koldains, das ihm La Caoba verkaufte. Die Edhne Don Tirso ba' en das Gericht, einzuschreiten, und La Caoba wurde durch den Richter Brandes zu Haft verurteilt.

Jedoch Don Tirso, höchlichst entrüstet und um sein Vergnügen gebracht, begab sich eilends zu dem Gefährten seiner Abenteuer, Herrn Miguel Primo de Rivera, dem Beherrscher aller Spanien, der den Richter Brandes zu sich zitierte. Dieser weigert sich zu kommen. Darauf ein Brief des Diktators, der den Richter auffordert, La Caoba aus der Haft zu entlassen. Der Richter legt gelassen den Brief zu den Akten, ohne zu antworten.

Unterdessen sucht der Diktator den Gerichtspräsidenten auf, der sich weigert, den Richter, wie es der Diktator befehlt, zu bestrafen. Don Miguel Primo de Rivera setzt daraufhin den Präsidenten des Gerichts zur Ruhe und den Richter Brandes ab. Gleichzeitig veröffentlicht er eine Note, in der er sich erst bitter darüber beklagt, wie sehr er verurteilt werde, um dann seiner eigenen untadeligen Sittenreinheit ein begeistertes Loblied zu singen.

Das Atheneo von Madrid bereite eine Ehrung für den Richter Brandes vor: das Atheneo ist heute geschlossen, und die Regierung, d. h. Herr von Unanimo, will heute der geistig bedeutsamste Mann ganz Spaniens, hatte die Schwäche, sich von der Postik des Diktators nicht entzückt zu zeigen: er ist heute auf dem Wege in die Verbannung — nach den lanarischen Inseln. . . .

Die Geschichte der spanischen „Cäsaren des Karnevals“ kann'sich eigentlich auch in Bayern abspielen haben, und selbsten ich sie erfahren habe, ist mir der heisse Wunsch unserer Bötkischen nach einem solchen Diktatorenleben verständlicher geworden.

Wo die Bananen herkommen.

Bananen sind die Rodefrucht des Tages. Man es nun der durch die ganze Welt verbreitete Schlager sein. Der „Ausgerechnet Bananen“ uns anpreist, oder bei uns in Deutschland das Wiedererkennen dieser Früchte nach langer Zeit des Entbehrens — jedenfalls ist alle Welt bananenhungrig, und der Bedarf übersteigt bei weitem die Erzeugung. Die Bananenländer machen daher die größten Anstrengungen, immer mehr Bananen zu erzielen, und das würde ihnen auch ganz leicht gelingen, wäre nicht der Bomme in der jurchhären „Panama-Krankheit“ ein verheerender Feind entstanden. Das Hauptland der Bananenpflanzung ist gegenwärtig Jamaika, das früher wegen seines Rums und Zuckers berühmt war, sich jetzt aber hauptsächlich auf den Handel mit Früchten gekehrt hat. Der durchschnittliche Wert der Fruchtexporteure in den Jahren 1913 bis 1919 belief sich auf 350 000 Pfund Sterling, stieg aber 1920 auf 1 700 000 Pfund Sterling. An diesen gewaltigen Werten sind hauptsächlich die Bananen beteiligt. 1921 betrug die Ausdehnung der Bananenfelder über 23 000 Hektar, und etwa 15 Millionen Bananenstängel werden jährlich ausgeführt, hauptsächlich nach den Vereinigten Staaten. Alle paar Tage fahren mehrere Dampfer, mit Bananen hoch beladen, nach amerikanischen Häfen. Bei der großen Nachfrage machen die Pflanzer von Jamaika die größten Anstrengungen, immer größere Gebiete mit Bananen zu bestellen, und das Jahr 1924 dürfte eine Rekordernnte bringen. Hoffentlich macht oder nicht die Panama-Krankheit einen Stroh durch die Rechnung. Diese Krankheit der Banane, die vor 21 Jahren zuerst in Panama festgestellt wurde und innerhalb weniger Jahre die großen Bananenpflanzungen in diesem Gebiet und in Costa Rica vernichtete, hat sich überallhin ausgebreitet, wo Bananen angebaut werden. In Hollandisch-Guayana, wo sie zuerst 1906 auftrat, war 1913 der blühende Bananenbau vollkommen vernichtet. Seit 1912 ist die Krankheit auch in Jamaika, und obwohl es auch hier nicht gelungen ist, die Krankheit auszurotten, so wird sie doch bläse in erträglichen Grenzen gehalten. Die Ursache dieser Bananenkrankheit ist ein Pilz, der zu der Art Fusarium gehört; er greift die Stängelwände der Pflanze an; seine Sporen steigen mit dem Saft aus den Wurzeln auswärts und schaffen überall neue Zentren der Ansteckung. Der Pilz tritt durch die Wurzeln in die Pflanze und benutz zum Eingang von dem Boden eine winzige Verletzung des Gewebes. Die Sporen können jahrelang in der Erde leben und werden durch den Wind oder Wasser auf Pflanzungen übertragen, die bisher noch nicht von der Krankheit befallen waren. Der Pilz kann auch außerhalb der Pflanze gezüchtet und Bananen können künstlich mit der Krankheit angesteckt werden. Die Zeichen des Unheils, das der Pilz hervorruft, machen sich sehr rasch bemerkbar: die Blätter trocknen aus und werden gelb; die Pflanze wächst nicht mehr und verfault. Man hat versucht, Pflanzungen zu züchten, die der Krankheit widerstehen, oder leider ist gerade die beste Bananenart, die Gros Michel, für den Pilz besonders empfänglich. Inmehrin heißt man, eine Banane zu züchten, der der Pilz nichts anhaben kann.

Der heillosige Fioh. Unsere unbewaffneten Sinnesorgane finden sehr rasch Grenzen, über die hinaus unsere Erkenntnis nicht reicht. So nehmen wir z. B. nur einen Bruchteil der Wellen als Töne wahr. Ebenso fehlt uns der Sinn, um auf ultraviolette Lichtreize zu reagieren, während wir sehr wissen, daß die Pflanze das recht wohl vermag. So ist für uns dort Nacht, wo die Pflanze noch deutlich „sieht“. Doch auch unter den Tieren gibt es zahlreiche Beispiele dafür, daß die Natur sie mit schärferen Sinnen ausgestattet hat als uns. Man braucht nur an die Liefseegeköpfe zu denken, die ihr ganzes Leben in tiefer Nacht verbringen und nur zum Teil mit Leuchtorganen versehen sind. Die Wehrzahl findet den Weg im Dunkeln mit Hilfe eigenartiger Sinnesorgane. Fehlt dem Menschen die Gabe, ultravioletes Licht zu sehen, so ist z. B. der Fioh sehr viel besser daran. Wie in „Reclams Univerium“ mitgeteilt wird, haben entsprechende Versuche gezeigt, daß der Fioh viel hellfärblicher ist als der Mensch und den Menschenleib mit seinem 37 Grad Celsius bereites als ein leuchtendes Glöwse sieht, ähnlich wie wir im Dunkeln einen in Rotglut strahlenden Ofen erkennen können. Für den Fioh sind also Wärmeempfinden von der Temperatur der Warmblüter bereits leuchtend; er bedarf dieser Hellfärbigkeit aber auch, um zur Erhaltung seines Lebens seine Opfer im Dunkeln deutlich vor sich zu sehen. Steht der Fioh z. B. einen Menschen bei Nacht im Bette liegen und kriecht er neugierig unter die Decke, so befindet er sich nicht etwa im Dunkeln, sondern der menschliche Leib strahlt ihm in einem hellen Licht entgegen, das er so gern anstrahlt, wie der Hochflieger gegen die Lampe fliegt. Alle Wesen sind eben so beschaffen, daß sie mit Hilfe der ihnen eigenen und nur für sie brauchbaren Sinne aus leben können, und der Fioh braucht keine besondere Hellfärbigkeit, um sich am Menschenleib füttern zu können.

Erstausführungen der Woche. Mont. Hofe Theater: „Robert und Bertram“. — Dienst. Kammertheater: „Unsere kleine Frau“. Lustspielhaus: „Traumtheater Traumhäuser. Antimes Theater: „Einakter“. — Mittw. Dr. Frick's Opernhaus: „Der Ratten“. — Donnerst. Schauspieltheater: „Rinder der Könige“. Festung-Theater: „Polportage“.

Uranianvorlesung. Theater. Cont. 5. 7 u. 9 Uhr: „Kanal“. Wo. bis Donn. und Sonnab. 5. 7 und 9 Uhr: „Opuscle und Fucation“. Freit. und Sonnab. 9 Uhr: „Von Dambura nach Rom Part“. Abends. 8 Uhr: „Am sonnigen Abend“, außerdem Dienst. 8 Uhr: „Wendelknüttel und Fuchsenbeublung“. Mittw. 6 Uhr: „Das japanische Götterbuch“. Donn. 8 Uhr: Prof. Lampe, „Sein im Film“. Freit. 8 Uhr: „Die Schöpfer Gottesband“.

In der Volkshöhe findet in foltes plötzlicher Erkrankung Sonntag nicht „König Hünner“, sondern um 7 1/2 Uhr „Otern“ statt.

Die Truppe hat die Uranianbräna der Höhe „Traumtheater“ und „Traumhäuser“ von Karl Kraus für Dienstag, den 25. März, freigelegt. Der Abend wird durch eine Arde Verhöfö Viertel zur Vollendung des 25. Jahres der „Rodel“ eingeleitet.

Vorträge. Die letzte Wiederholung des Vötkbildvortrags „Menschenmünder und Wundermenschen“ von Dr. Holi Heilborn in der Urania, ist auf Montag, abends 7 Uhr, verlegt worden.

Die Zeugen im Zeigner-Prozess.

Leipzig, 22. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die heutige Vormittags-Sitzung sollte dem Zeigner lästigen, der noch über dem Fall Schmörl liegt. Dr. Zeigner hatte gestern in großer Erregung — zum ersten Male brannen ihm Wunden und Ohren — seine Erklärungen abgegeben. Im entscheidenden Moment brach er aber ab und wollte nicht weiter reden. Es war klar, daß Dr. Zeigner die intimen Vorgänge, die sich an den Damenpöhl zweifellos knüpfen, der Öffentlichkeit nicht preisgeben wollte. Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb es eines Frauenpöhl bedürfte, wo er erst vor kurzem für seine Frau eine Sommerside gebaut hatte, antwortete Dr. Zeigner: „In diesen Fragen hat nicht der Mann allein zu entscheiden, sondern auch die Frau.“ Da Frau Dr. Zeigner ihre Zeugenaussage verweigert hat und Solomon Schmörl nicht erschienen ist, erscheint es fast ausgeschlossen, daß dieser Punkt Klärung findet.

Nach Beginn der Sonnabend-Sitzung wird der Gerichtsbeschluss verkündet, den früheren Kommandanten Dr. Zeigners, Major Trompeter, wegen Unberücksichtigung seiner Auslagen nicht zu laden. Ferner lehnt der Vorsitzende aus eigener Machtbefugnis die von Rechtsanwalt Dr. Frank I in einem eingereichten Schriftsatz verlangte Protokollierung bestimmter Stellen aus der Aussage des Zeugen Dr. Meißner ab.

Als Fortsetzung der gestern unterbrochenen Beweisaufnahme folgt die Aussage des Zeugen Jacob Schmörl. Der Vorsitzende hält dem Zeugen vor, daß sein Bruder Solomon Schmörl nicht erscheinen will und daß das Gericht an seine Krankheit nicht glaube. Seine Abwesenheit ist um so verdächtiger, als er gerade im November nach Holland übergesiedelt ist. Der Zeuge bekennt, daß er über die Hesse wohl orientiert ist und daß in den Büchern weder der Ausgang der Hesse noch der Eingang von Zahlungen für sie vermerkt ist. Den Grund dafür kann er nicht angeben. Auf die Frage des Verteidigers und Vorhalt des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß natürlich an Privatpersonen Hesse gegen Ware abgetreten werden könnten. In diesem Falle wird die Luxussteuer nicht bezahlt. Die Frage, ob diese Lieferungen durch die Bücher gehen, kann der Zeuge nicht beantworten.

Das Gericht lehnt dann die Ladung der Zeugen Cipriani, Clemen und des Ministerialdirektors Schulze mit der Begründung ab, daß es unerheblich erscheine welche Beziehungen zwischen dem Gesamtministerium und den einzelnen Ressorts und welche Rechtsansichten hier bestanden haben. Das Gericht behält sich vor, selbstständig den § 29 der Verfassung auszuliegen. Gleichfalls wird die Ladung der Zeugen abgelehnt, die über den im Falle Trompeter verdächtigten Beamten Lohse ausfragen sollten.

Es folgt der Zeuge Landwirtschaftsgärtner Sauer. Er kennt Möbius seit dem Sommer 1920. Bei verschiedenen Gelegenheiten konnte er feststellen, daß im Jahre 1922 und auch früher Möbius eine mit Geld gefüllte Brieftasche bei sich trug. Die Erklärung fand er später: Er erfahre, daß Möbius durch Verdränger von Gnaden gesunden an das Justizministerium verleihe. Möbius rühmte sich dabei seiner Beziehungen zu Dr. Zeigner, behauptete aber, daß Dr. Zeigner selbst nichts bekomme, daß jedoch die Briefsteller die sich ihm ermitteln erwelken wollten, für wohl-tätige Zwecke Spenden geben könnten. Als er dann, nachdem die Sache Dr. Zeigners ins Rollen gekommen war, Möbius traf und ihm sagte, daß nur durch keine ausführlichen Aussagen die Sache breitzetrennen werden konnte, meinte Möbius in seiner polternden Art, daß Dr. Meißner, der verurteilte Kerl, ihm alles in den Mund gefüllt und ihm vorgehalten habe, daß Dr. Zeigner in die Schweiz geflüchtet wäre, daß ihm auch versprochen worden sei, daß er, wenn er die Wahrheit sagen würde, auf freien Fuß gesetzt werden solle. Im Verlaufe des weiteren Gesprächs erklärte dann Möbius, das alles, was er gegen Dr. Zeigner ausgefragt habe, unwahr sei, daß Dr. Zeigner nichts für sich behalten habe. Der Zeuge hatte das Gefühl, daß Möbius Schug suche.

Radioabend im Stadthaus.

Eine Musikprobe aus England.

Das allgemeine Radioabende hat auch den Berliner Magistrat nicht verschont. Am Freitag veranstaltete er in der großen Halle des Stadthauses einen Experimentalausgang über Radiotelephonie. Eine Zuhörerschaft von etwa tausend Personen aus der Stadtverwaltung füllte den Raum. Graf Dr. v. Arco, der Direktor der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, war als Vortragender angeladelt. Der Gastgeber, Oberbürgermeister Böß, leitete. Aber pünktlich zur festgesetzten Zeit eröffnete er die Veranstaltung — vom Tempelhofer Ufer aus. In dem dort gelegenen Telefunkenhaus sprach er seine Begrüßungsworte in den Sender, und in dem weiten Raum der Stadthalle erklangen sie aus den aufgestellten Lautsprechern überall vernnehmlich. Vom Telefunkenhaus erteilte Oberbürgermeister Böß das Wort dem Grafen v. Arco, der dann vor den in der Stadthalle versammelten Gästen seinen Vortrag hielt. In gemeinsamer verständlicher Darstellung schilderte der Vortragende, wie das Wunder der Radiotelephonie zustande kommt. Daran schloß sich eine Reihe von Experimenten, die unter Mitwirkung des Vorhauses und des Telefunkenhauses gemacht wurden. Nach der Uebertragung von Musik, die trotz der mannigfachen Klusil der Stadthalle überall gut zu hören war, wurde die Wirkung von Störungen vorgeführt. Die Sprache klang unklar, und die Musik wurde zu widerwärtigem Hundegeräusch entstellt und verzerrt. Die Empfindlichkeit des Senders wurde demonstriert durch Uebertragung des Tisches einer Tischuhr, das bei der verstärkten Wiedergabe in der Stadthalle an das Geräusch einer kleinen Turmuhr erinnerte. Schließlich wurde England eingeschaltet, und es gab eine Probe von Musik aus London. Der Vortragende meinte das prächtige Zukunftsbild, daß die Radiotelephonie bei weiterer Vervollkommnung einmal ein Netz der Verständigung um den ganzen Erdball schlingen werde. Es könne möglich werden, daß dann ein Mensch gleichzeitig zu der Bevölkerung der ganzen Erde spricht. Oberbürgermeister Böß, der noch während des Vortrages in der Stadthalle eingetroffen war, schloß mit Worten des Dankes für den Redner und mit einem Hinweis auf die Bedeutung der Radiotelephonie für Deutschlands Industrie und Handel.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ist eine besondere Vorschrift zum Schutze des Funkverkehrs" erlassen, die jedem, der ohne Genehmigung eine Funkenanlage errichtet oder betreibt, mit Gefängnis bedroht. Schon der Versuch soll strafbar sein. (1) Die Beamten der Staatsanwaltschaft und der Polizei und Beauftragte der Reichstelegraphenverwaltung sollen das Recht haben, Räume, in denen Funkenanlagen sind oder vermutet werden, jederzeit zu betreten. Die Beamten nicht genehmigter Funkenanlagen bleiben kraftlos, wenn sie vier Wochen nach Erlass der Verordnung (bis Dienstag, den 15. April) die Genehmigung bei der Reichstelegraphenverwaltung beantragen. — Es ist unverständlich, daß diese Verordnung jetzt schon erlassen wird, bevor eine einwandfreie Regelung des Funkverkehrs, insbesondere des Fernsprechnetzes, erfolgt ist. Mit es heißt, soll in Zukunft der Versuch von 60 W., der für den Empfang von Rundfunkarbeiten zu zahlen ist, in monatlichen Raten von 5 W. an die Post gezahlt werden können.

Ins Wasser!

Gellende Hilferufe erschallten in der vergangenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr in der Burgstraße vom Wasser her. Ein Wachmeister der Schuppsel und ein Reichswahrschütze, die in der Nähe waren, banden einen Kahn los und suchten das Wasser ab. Von anderer Seite wurde auch die Feuerwehr gerufen. Die Hilferufe waren aber schon verstummt und man fand niemanden. Am Ufer lagen ein Bodenmantel und eine Badedertasche, die

unter anderem einen Ausweis auf elms am 1. Januar 1894 in Heidelberg geborene Karoline G a s t r o p enthält. Eine Wohnung ist nicht angegeben.

Der Raubmord in Vaduz.

Aus dem Leben eines Taugenichts.

Unter großem Andrang des Publikums begann im Schwurgerichtssaal des Landgerichts III vor der 8. Strafkammer die Verhandlung gegen den Raubmörder von Vaduz, der Haupttäter des Fürstentums Lichtenstein, gegen den Berliner Kaufmannslehrling Kurt Weiß. Die Anklage vertritt Staatsanwaltstaatsrat Berger-Landesheld, Verteidiger ist R.-A. Bahn. Der Angeklagte, der jetzt erst 20 Jahre alt ist, wird beschuldigt, am 4. März 1923 den Schlächtermörder Wächter in Vaduz niedergeschossen und ihm fünfhundert Schweizer Franken geraubt zu haben.

Der Angeklagte ist ein hochaufgeschossener, blauer Jüngling. Die Schilderung seines Vordemens zeigt, daß er von Jugend auf ein Taugenichts war. Er hat sich in verschiedenen Berufen versucht. Er trieb sich jedoch während der Lehrzeit mit Mädchen herum, besuchte Vergnügungssalons und Dielen, war Koksinschnupper, und kam so immer weiter herunter. Die Mittel für sein lasterhaftes Leben verschaffte er sich teils von der gutmütigen Großmutter, teils dadurch, daß er Einbrüche in die elterliche Villa vornahm. Er vergriffte den Haushalt und raubte das wertvolle Familien Silber und die Juwelen der Eltern, die er nun verkauft. Er hatte später noch einen Diebstahl bei einem Juwelier verübt. Mit dem Gelde machte er Reisen mit Mädchen nach Tiro, Bayern und der Schweiz. Am 4. März 1923 war er über die Lichtensteinsche Grenze auf Schleifwegen nach Vaduz gelangt. Unterwegs fragte er überall, ob man ihm eine fünfhundertfrankennote wechseln könnte, um, wie er sagt, zu erfahren, ob in Lichtenstein Franken oder Kronen gelten, was der Vorsitzende als höchst unwahrscheinlich bezeichnete. Der Angeklagte schiederte dann, wie er zu Wort gekommen ist. Er hoffte eine Person zu treffen, die er um fünfhundert Franken betrogen konnte. In welcher Weise das geschehen sollte, konnte er sich nicht mehr erinnern. Abends ging er zu Wächter, der ihn in die Stube hinstellte. Er tat so, als ob er die Note aus der Brieftasche nehme, er hatte aber nur eine Hundertfrankennote. Auf die weiteren Vorgänge will sich der Angeklagte nicht mehr besinnen können. Als der Staatsanwalt ihm vorhält, daß er vor drei Monaten in der Schwurgerichtsverhandlung alle Tatumsstände genau geschildert habe, erklärte der Angeklagte, daß er damals einen Roman ausgedacht habe.

Zimmer die Kommunisten!

Schon die ersten Versammlungen zeigen, wie sich der Wahlkampf für die Sozialdemokratie in Berlin abspielen wird, wenn die Partei nicht energisch zu besonderen Maßnahmen greift, um sich in ihren eigenen Versammlungen durchzusetzen. Es genügt erfahrungsgemäß eine kleine Zahl von Radikalen, um selbst eine gut besuchte Versammlung zu führen, und eine sachliche Aussprache unmöglich zu machen. Wegen solche Versammlungsbefucher, denen die politische Diskussion nur Anlaß zu Reden und Kräfteausbissen bieten soll, gibt es keinen geistigen Kampf, hier können nur harte häusliche Ordnungen schaffen. Die Sozialdemokratie muß ihre Versammlungen so organisieren, daß Stören jeder Art die Lust zum Kräfteausbissen von vornherein verwehrt. Das bedauerlichste ist, daß es gerade Arbeiter sind, die sich zu benehmen, wie es in Kaffeehäusern üblich sein mag. Arbeiter, die sich „revolutionär“ nennen und im Grunde nur toben wie wild gewordene Spielzeug, Arbeiter, die „Kommunisten“ sein wollen und der Meinung sind, für ihre Sache durch rüpelhaftes Benehmen wirken zu können. — Gestern fand u. a. in Pantow eine Wahlversammlung statt, in der Genossin Marie Juchacz sprach. Ihre Ausführungen waren von vollendetem Sachverstand und zwingender Logik. Schon das war ein Grund für einige Kommunisten, häufig „zur Sache“ zu rufen und törichte Zwischenbemerkungen zu machen, die von der Versammlung gebührend zurückgewiesen wurden. Gegen Ende des Vortrages kamen halb wüchsige Jungen in größerer Anzahl in den Saal, die durch Rufen ihre politische Schutzhülle verrieten. Wie uns berichtet wird, kamen schon während des Vortrages einige dieser Burschen in die Versammlung, um irgend einen ihrer Gefinnungsgenossen zu fragen, „ob es bald losgehe“. Es ist nur bedauerlich, daß hiervon der Zeitung nicht rechtzeitig Mitteilung gemacht werden konnte. In der Diskussion sprach dann ein halb-erwachsender „Kommunist“ zummenhänghaftes Zeug. Nachdem noch ein Kommunist und eine Genossin von uns gesprochen hatten, wurden die Ausführungen einer kommunistischen Rednerin, die mit den bekannten Schlagworten arbeitete und sich weigerte, nach Beendigung der Redezeit abzutreten der Anlaß zu so wilden Paroxysmen, daß der Vorsitzende die Versammlung kurzer hand schloß. Junge Burschen, mit leeren Biergläsern bewaffnet, waren nach vorne gedrungen. Sie lärmten, grüßten kommunistische Heidenlieder und verschwendeten lautlos, als plötzlich Schuppsenbeamte erschienen, um den Saal endgültig zu räumen.

Solche Versammlungen stehen gerade den anständigen und denkenden Teil der Bevölkerung ab. Unsere Genossen werden dafür sorgen, daß der Wahlkampf, trotzdem einen anderen Verlauf nimmt, als die kommunistischen Radikalen es sich träumen mögen.

Ihr die Jansenwende in Spandau, welche morgen (Sonntag), 23. b. M., normittags 10 Uhr, in der Aula der Körner-Schule, Lindenstr. 2/3, stattfinden, sind nach Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. am Saaleingang zu haben. (Kinder unter 10 Jahren haben freien Zutritt.)

Großfeuer in Frankfurt a. M.

Die große etwa 80 Meter lange und 15 Meter hohe landwirtschaftliche Halle in der Ostendstraße in Frankfurt a. M. ist in der vorletzten Nacht bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Das Feuer brach gegen 2 Uhr aus und verbreitete sich, da es in dem mit Chemikalien, Benzin usw. gefüllten Raum überreiche Nahrung fand, in kurzer Zeit über den riesigen Bau. Der kräftige Ostwind trieb einen starken Funkenregen über den westlich gelegenen Stadteil und verursachte hier wiederholt weitere Brandgefahren, die aber im Keime erstickt werden konnten. Zwei Feuerwehreinheiten wurden durch herabstürzende Pfeiler verlegt. Leider brannten auch die in der Halle untergestellten Möbel von 70 bis 80 stämmigen Flüchtlingsfamilien. Der Sachschaden, der sehr groß und vielfach durch Versicherungen nicht gedeckt ist, kann zurzeit noch nicht geschätzt werden. Erst gegen 7 Uhr morgens war die Gefahr beseitigt.

Sport.

Kernbeginn in Treptow.

Ein französischer Fahrer startete wieder.

Am kommenden Sonntag, den 23. März, wird die kleine Treptower Bahn die diesjährige Radrennsaison für Berlin eröffnen. Das Programm sieht u. a. Berufsfahrerrennen, und zwar ein Einleitungsrennen über 3 Runden und ein 15-Runden-Punktfahren vor und wird 21 Fahrer an den Start bringen. Darunter befinden sich fünf Profis: Schwab, Otto Tsch., Otto Koppel und Schulz. Die Amateure bestreiten ein 12-Runden-Punktfahren. In den Dauerrennen hinter Köoren um den Eröffnungspreis, die über 60 Kilometer in drei Rufen über 10, 20 und 30 Kilometer gefahren werden, zeigen sich der Schweizer Wegmann hinter Krüger, der Franzose Riquel hinter Amerigo, der Breslauer Themas hinter Härtel und der Nürnberger Sturm, der Janke als Schrittmacher hat. Zu bemerken ist, daß Riquel der erste französische Fahrer ist, der nach Kriegsende in Deutschland startete. Mittig wird dagegen als erster deutscher Fahrer am Sonntag auf der Berliner Duffels-Bahn an den Start gehen. Die Rennen beginnen um 3 Uhr nachmittags.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Lage in der Berliner Metallindustrie.

Während der Rahmenvertrag noch bis 6. April besteht, ist das Lohnabkommen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Metallarbeiterverband, so daß vom Montag ab keine Lohnvereinbarung mehr besteht. Der VBBM hat eine allgemeine Lohnhöhung abgelehnt, trotzdem die Lebensmittelpreise wieder anziehen und die Wohnungsmieten ab 1. April eine wesentliche Erhöhung erfahren. Die Unternehmer sind wohl zu einzelnen Zulagen für die Facharbeiter bereit, die so auf Kosten der großen Mehrzahl der ungernehten Arbeiter gehen sollen. Damit wird die alte Taktik wieder einjuchend versucht, die Arbeiter zu trennen um sie desto sicherer zu beherrschen. Die Gewerkschaften können nur dann einem allgemeinen Lohnabkommen zustimmen, wenn es der Gesamtheit der Arbeiterschaft das unerlässlich notwendige Existenzminimum bietet. Daß die geleerten Arbeiter darüber hinaus eine bessere Bezahlung erhalten müssen, ist selbstverständlich. Wogegen die Arbeiterschaft sich mit Recht wehrt, ist, daß die sogenannten Ungelernten, die ja doch im Laufe ihrer Tätigkeit sich die dazu erforderlichen Fähigkeiten angeeignet haben, mit Hungerlöhnen abgepeilt werden sollen, während die geringere Zahl der Gelehrten im Lohn etwas besser gestellt werden soll. Auch die Facharbeiter wissen, daß ihre Löhne um so niedriger sein werden, je tiefer das allgemeine Lohnniveau liegt.

Den Arbeitern der Berliner Metallindustrie bleibt jetzt weiter nichts übrig, als ihre Forderungen in den einzelnen Betrieben geltend zu machen. In welcher Weise diese vorzugehen soll, wird die heute nachmittag zusammenkommende Versammlung der Betriebs- und Arbeiterausschüssen sowie der Obleute der VBBM-Betriebe beschließen.

„Lügen-Vorwärts, der Arbeiterfeind.“

Beit der „Vorwärts“ in seiner gestrigen Abendausgabe wieder einmal an einem konkreten Beispiel die kommunistische Parteiluppen-tätigkeit zeigte, durch Wiedergabe der Beschlüsse der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ den Beweis lieferte, daß die kommunistische Partei den gewerkschaftlichen Kampf der Hamburger Hafen- und Werftarbeiter, wie jeden anderen größeren Gewerkschaftskampf, für ihre parteipolitischen Zwecke auszunutzen sucht, läßt sich die „Wahrheits“-Fahne schwer getroffen. Sie opferte eine ganze Spalte ihrer heutigen Morgenausgabe mit der zitierten Ueberschrift, um an der Tatsache, auf die es hier ankommt, möglichst vorbelugeln. Es ist der „Roten Fahne“ sehr unangenehm, daß wir den „Deckel des kommunistischen Parteiluppenkopfes“ ein wenig hochgehoben haben, so daß auch der Einflüsterer sehen konnte, welche Rolle die „R.P.D.“ der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ in den gewerkschaftlichen Kämpfen aufspielt.

Es wäre ja direkt „reformistisch“, wenn es den Hamburger Hafen- und Werftarbeitern gelänge, den „Rückstapfen“ der „Wahrheits“-Fahne in die „reformistische“ Gefahr in den Augen der revolutionären Opposition muß die kommunistische Partei vorzubeugen suchen. Deshalb verquilt sie den Gewerkschaftskampf mit ihren politischen Forderungen, sucht ihn auf ihr parteipolitisches Geleise zu schieben, um ihn zu erschweren und seine Beseitigung möglichst hinauszuziehen.

Die „Rote Fahne“ muß wohl oder übel zugeben: „Es sind politische Forderungen“, die die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ im Hamburger Hafenarbeiterstreik erhoben hat. Der „Lügen-Vorwärts“ habe jedoch verschwiegen, daß diese Forderungen an den Hamburger Senat gerichtet seien. Das ist ja eben der Witz der kommunistischen Luppen-tätigkeit. Die Hafenarbeiter sollen nach der Parole, die die R.P.D. ihrer revolutionären Gewerkschaftsopposition ausgesprochen hat, die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis außer ihren wirtschaftlichen Forderungen auch die politischen Forderungen der kommunistischen Partei erfüllt sind, die weder die Unternehmer im Hafenbetriebsverein erfüllen können, noch irgendein Schiedsgericht befähigt ist zu tun. Wenn die kommunistische Partei politische Forderungen erhebt, die sie für notwendig hält, so ist das ihre Sache. Wenn sie jedoch die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ als Vorposten für ihre parteipolitischen Forderungen benutz, um einen schweren gewerkschaftlichen Kampf für ihre Parteizwecke auszunutzen, dann treibt sie Schindluder mit der Arbeiterschaft. In diesem Falle mit der Hamburger Hafen- und Werftarbeiterchaft. In dieser Tatsache ist nicht zu rütteln, und wenn die nie lügenden Kommunisten, die bekanntlich die Lüge nur als bewussten Kampfmittel benutzen, den „Vorwärts“ noch so andauernd als „Lügen-Vorwärts“ beschimpfen.

Löhne und Preise der Konditorien.

Die Konditoreibetriebe erklärten: Lohnforderungen führen erneut zur Inflation. Mit dem Lohnabbau hatten sie es sehr eilig. Von einer allgemeinen Preisoberhöhung hat man aber nichts gemerkt. Die Stabilisierung ihrer Preise war ihnen weit wichtiger als die der Rentenmark. Die Preise sind heute trotz vermindelter Qualität in den meisten Konditorien 100 bis 200 Prozent höher als vor dem Kriege. Die Löhne aber haben — vor allem durch den hohen Abzug für Kost und Lohns — die Kriegeshöhe noch nicht erreicht. Die Wucherabteilung des Reichspräsidiums bemüht sich fortgesetzt, durch sanften Druck die Preise herabzusetzen, bisher vergeblich. Es ist uns nicht bekannt, welche Kalkulationsunterlagen die Arbeitgeber bei den Verhandlungen vorlegen. Die Wucherabteilung würde aber eher zum Ziele gelangen, wenn sie sich nicht nur auf die Angaben der Arbeitgeber verlassen würde. Dieselben Waren sind in den Bäckereien, trotzdem dort höhere Löhne gezahlt werden, um die Hälfte des Preises zu haben. Daß das Konditorei-gewerbe sehr gut seinen Mann errührt, bemerken die gerade in jetziger Zeit vorzunehmenden Geschäftserweiterungen, beweist auch der tolle Geschäftsgang, so daß ordentliche Gehältern zurzeit nicht vorhanden sind. Die Konditoreibetriebe bestreiten auch gar nicht, daß sie die geforderten Löhne zahlen können. Ein Teil der Arbeitgeber hat den Lohnabbau nicht erst mitgemacht. Aus Inständigkeitsgefühl zahlen sogar einige Konditoreibetriebe ihr Personal bis zu 33 1/2 Proz. über den tatsächlich festgesetzten Lohn. Die Gehältern verlangen nicht mehr: ihre Forderungen waren zu bescheiden, daß sie den tatsächlich gezahlten Lohn mancher Geschäfte nicht erreichten. Aber nach Verlangen von der Dauer einer halben Minute lehnten die Arbeitgeber in ihrem Genervorstoß jede Erhöhung der Löhne ab. Sie hoffen, daß der gewerkschaftliche Geist ihrer Angestellten nicht so ist, um sofort die notwendige Antwort zu erteilen. Sie werden sich irren. Der Wind hat sich Sturm erntet!

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren bittet alle Genossen und Freunde der Arbeiterschaft, das Konditoreipersonal auf die heute morgen angekündigte Versammlung hinzuweisen.

Lohnfragen der Maschinisten und Heizer.

In einer Brancherversammlung über in den Elektrizitätswerken beschäftigten Maschinisten und Heizer gab Bevollmächtigter Reinefeld den Situationsbericht. Infolge der komplizierten Lohngruppen-einteilung in den Berliner Elektrizitätswerken u. G. haben sich Unzutrefflichkeiten herausgestellt. Die Tarifkommission hat sich daher mit diesen Angelegenheiten befaßt und hat eine neue Gruppierung vorgenommen. Gleichzeitig wurden die neuen Lohnsätze aufgestellt. In den kommenden Verhandlungen wird gefordert, daß die Stundenlöhne der Gruppe 1 60 bis 75 Pf. betragen sollen, für Gruppe 2 66 bis 72 Pf., Gruppe 3 62 bis 68 Pf., Gruppe 4 60 bis 66 Pf., Gruppe 5 44 bis 50 Pf.

In der Diskussion sprach man sich für den Abbau der Sozialzulage aus, allerdings nicht auf Kosten der Arbeiter. Ein tariflicher Zustand wird nicht gewünscht, da die Gefahr besteht, daß die unteren Gruppen bedeutend gedrückt werden.

